Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933
1919

302 (27.12.1919)

Visual Library

№ 302 Samstag, den 27. Dezember 1919 162. Jahrgang

Beilage zur Karlsruher Zeitung

Badischer Staatsanzeiger

Freie Aussprache.

(Wir veröffentlichen unter dieser, vom übrigen redaktionellen Teil abgesonderten Rubrik beachtenswerte Darlegungen und Anregungen aus allen Parteilagern, um auf diese Weise eine freie Aussprache zu ermöglichen. Selbstverständlich bewegt sich diese Aussprache außerhalb der politischen Verantwortung der Redaktion.)

Der übernationale Rechtsgedanke.

Von Heinrich Harpuder, Mannheim.

Habent sua fata libelli. Aber nicht bloß Bücher, auch große Ideen haben ihre Schicksale: nicht zuletzt auch der **übernationale Rechtsgedanke.**

Schon in der antiken Welt leuchtete er gelegentlich auf, in Utopien vom Staate und in Philosophien über künftige Gesellschaftsordnungen: leuchtete auf und verlosch; ein Funke, dessen Zeit noch nicht gekommen war, um zur Flamme zu werden; ein einsamer, in einer fremden Wüste verlorener Gedanke. In der katholischen Kirchenliteratur des Mittelalters tauchte er von neuem empor, religiös verbrämt und in dem mystischen Gewande klösterlicher Rechts- und Sozialphilosophie: aber immer noch der lebendigen Welt der Wirklichkeiten ein Fremdkörper; immer noch blitzartig aufleuchtend, blitzlichtartig vergehend. Heimatsrecht selbst in der **geistigen** Welt ward ihm erst später, in dem so kulturreichen achtzehnten Jahrhundert, der Zeit der sogenannten Aufklärung: da in unserem menschlichen Denken so vieles neu wurde; da wir anfingen, geistig und seelisch uns auf **das** einzustellen, was uns seitdem selbstverständlich geworden ist; da jene geistige Revolution einsetzte, die in Rousseau — trotz seiner, von einem späteren Zeitpunkt aus betrachtet, gewißlich vielseitigen Beengtheit — einen ihrer fruchtbarsten, wirkungstiefsten und die gesamte Mit- und Nachwelt in seinen Bann ziehenden Neugestalter auf dem Gesamtgebiete menschlichen Denkens gebar; da die ganze Gesellschafts-, Staats-, Rechts- und Moralphilosophie ihre fundamentale Umwälzung erlebte; da jene ökonomischen, sozialen und ethischen Grundlagen erst im Entstehen begriffen waren, auf denen schließlich durch Marx und Engels und häufig genug in notwendigem Kampfe gegen die Aufklärer Frankreichs, Englands und Deutschlands, jenes riesenhafte Gebäude aufgerichtet wurde, das wir **Sozialismus** nennen und in dem der **supranationale Rechtsgedanke,** der Gedanke **vom Völkerbund ein tragender Pfeiler** ist.

*

Aber immer noch **blieb** diese Idee eines Bundes der Nationen — **Idee;** blieb Gedanke, Gehirnprodukt, ein Wunsch, eine Hoffnung: von vielen ersehnt, von manchen mitleidig belächelt, von einzelnen persifliert; immer aber ein Gebilde ohne Fleisch und Knochen, gestaltlos weil noch nicht gestaltet und lange vielleicht auch noch nicht gestaltbar; ein Ideal, das **aller Realität noch fern** stand. Und das **blieb** so, obwohl allgemach in der zweiten Hälfte des neunzehnten Jahrhunderts die Völkerbundsliteratur anschwoll, das Gestaltlose sich zumindest auf dem Papier zu gestalten anfing, die Umrisse des Gedankens sachte feste Formen anzunehmen und sichtbar zu werden begannen, Ziele und Wege zusehends hervortraten, die Idee auch schließlich im Volke stärker einzuwurzeln im Begriffe stand. Aber noch blieb der Völkerbund eine Theorie; noch blieb die Wirklichkeit von seinem Gegenpol, dem **Machtgedanken** beherrscht; noch lugten aus dem Erdreich kaum die ersten, obersten, zaghaften Spitzen der neuen Pflanze hervor; und auch die waren mißachtet, plumpe Stiefel trampelten auf ihnen herum. Licht und Luft wurden ihr neidisch oder höhnend beschnitten: kein Wunder, daß sie **nicht gedeihen,** daß sie nicht wachsen konnte. Und als dann gar der **Krieg** kam, der Krieg mit seinen internationalen Bestialitäten, der Mißachtung aller Völkergemeinsamkeiten und aller gemeinschaftlichen Welt- und Kulturinteressen, da starb selbst der bis dahin verwirklichte erste Anfang eines Versuchs völkerrechtlicher Bindung, da **brach erst recht** das leichte Gerüst zusammen, das bis dahin um den Völkerbundsgedanken herumgebaut worden war.

Aber die Kraft, die ihn anfänglich zerstörte, ward wider ihren Willen zur Kraft, die bald am stärksten für ihn zu arbeiten begann, die seine **eifrigste Propagandistin,** kräftigste Förderin wurde: das Leid des Krieges, das ein Leid ganz Europas und zum Teil auch Amerikas war, ward zum mächtigsten Auftrieb für ihn, ward zum Augenöffner und Wecker, ward zur gewaltigen, über allen Kriegslärm hinwegtönenden Stimme, die zu seinen Gunsten warb und ihm Anhänger zu Anhänger gewann. Und was vordem in den Köpfen von Zehn- und Hunderttausenden war, ist seitdem in den Herzen von **Millionen und Abermillionen.** Das Getöse der Machtpolitiker von gestern und heute — gestern gleichermaßen sich auf Deutschland und die Entente verteilend, heute stärker jenseits unserer Grenzpfähle als diesseits — kann und soll nicht darüber wegtäuschen, daß, mag der Völkerbundsgedanke in unseren Tagen auch noch nicht **Wirklichkeitsmacht** geworden sein, er dennoch **umfassender und tiefer** Gehirn und Brust der Gesamtmenschheit beherrscht als je vordem.

*

Die Zeit seines Sieges über die **Köpfe** ward freilich auch die Zeit seiner **innersten Tragik,** bittersten Schicksals. Denn sie ward zur Zeit seiner **realen Niederlage:** die Friedensverträge von Versailles und St. Germain mit ihrem unverhüllt brutalen Gewaltcharakter, mit ihrem ausgesprochenen Machtstandpunkt, ihrer Hypertrophie aufprotzenden Siegerübermuts sind für den Völkerbundsgedanken denkbar roheste Schläge ins Gesicht; die Macht der Clemenceau und Lloyd George auch gleichzeitig Symbole der **Ohnmacht** des Rechtsgedankens im gegenwärtigen Augenblick; der „Völkerbund" endlich, der in Versailles, von Wilsons ursprünglichem Projekt Stück für Stück abbröckelnd und das Ganze **machtdiktatorisch** korrumpierend, begründet wurde, nur ein **Zerrbild,** eine **plumpe Karrikatur** jedes wahren Bundes der Nationen. Und aus dieser praktischen Niederlage des Völkerbundsgedankens — einer Niederlage für Jahre, vielleicht für Jahrzehnte, wer weiß es? — saugt hüben und drüben, im Lande der Sieger wie dem der Besiegten, der **Nationalismus,** der einseitige Gewaltglaube wieder seine Nahrung: schon schwört ein Teil unserer Novembergläubigen des Völkerbundes, die, vordem Vertreter des Machtstandpunkts, sich in der Niederlage zur Rechtsidee bekehrt und, wie immer bei Neubekehrten, aller Welten und vor allem Deutschlands Heil auf ihren neuen Glauben gebaut hatten, wieder diesem ihrem künstlich angetauften Glauben **ab** und kehrt zu den Götzen zurück, die er zuvor angebetet hat. Aber dieser Glaube gestriger Gewaltpolitiker ist immer Scheinglaube, **Fassadenglaube** gewesen, Flackerfeuer, das rasch verflammen mußte. Übrig geblieben ist trotz allem ein **Gewinn von neuen Hunderttausenden, neuen Millionen** für die Völkerbundsidee, diese Idee selber ist ungleich stärker geworden als je vordem und ihre echte Jüngerschaft auch ungleich entschlossener — gerade wegen der Schwierigkeiten, die ihr entgegenstehen —, **nicht zu ermüden** im Kampfe für einen **echten, wahren, lebendigen Völkerbund** und einen **Dauerfrieden.**

Doch Dauerfriede unter den Nationen und damit der Völkerbund sollen der **menschlichen Natur widersprechen** und damit zur **ewigen Utopie** verurteilt sein! Gegen den engen Horizont solcher Auffassung ausführlich eifern, hieße: Eulen nach Athen tragen, Chinesen nach China importieren, das Meer mit einer Gartenspritze begießen, damit es nicht austrockne. Diese **Auffassung** steht etwa auf der Linie eines primitiven Basuto-Stammes, der Höhe der Bantuneger, denen es auch sehr schwer beizubringen sein soll, daß der Jusq' au bout-Kampf zwischen Stamm und Stamm, Gruppe und Gruppe, kein absolut notwendiger Bestandteil der natürlichen Ordnung ist und dessen, worüber schon Voltaire so aufklärerisch zu spotten verstand, nämlich: „dieser besten aller möglichen Welten". Was ist denn in der Tat **Krieg,** als Begriff wie als durchlebte Wirklichkeit, anderes als solche **negerhafte** Stammesfehde, auf die breite Basis von Vielmillionen-Völkern übertragen? Nehmt die Verbrämung ab, all die Masken, all das Flitterzeug, all die bunten Fetzen und zierlichen Schönheitspflästerchen, womit Nationalismus und Imperialismus den Krieg ausutzen: was bleibt anderes übrig als negerhafter Überfall bei Nacht, Kampfgeheul, gegenseitiges Abschlachten von Männern, Weibern und Kindern, Niederbrennen der Hütten, Raub des fahrbaren Guts? Und doch ist es in mühevollem, langwierigem Aufstieg gelungen, wenigstens **innerhalb** der einzelnen Millionen-Völker eine **Rechtsordnung** zwischen Individuum und Individuum zu schaffen, die das Mittel **des „Kriegs"** zwischen Einzelmensch und Einzelmensch, Gruppe und Gruppe, Stamm und Stamm ausschaltet. Und was innerhalb **einer** Nation gelungen ist, warum sollte die Entwickelung es **nicht** auch zwischen den Nationen zu erzwingen vermögen?

*

Um nichts anders aber, als um eine **solche Überpflanzung** des innerhalb der einzelnen Völker schon bestehenden Rechtszustandes auf die Beziehungen **zwischen Volk und Volk,** Staat und Staat, Erdteil und Erdteil handelt es sich hier. Einstens umschlichen sich **Einzelmensch** und Einzelmensch, Familie und Familie, Stamm und Stamm: wie Bestien sich gegenseitig umlauern und umkreisen. Heute umlauern und um„kreisen" sich so die **Völker;** von demselben Mißtrauen gegeneinander erfüllt, auf dasselbe passend, nämlich: die schwache Minute des Gegners, um ihn gerade da anzufallen. Für den Völkerbund wirken, die **Ersetzung des Macht-** durch den Rechtsgedanken anstreben heißt darum nichts anderes: als den Versuch der **Zivilisierung des Menschen** über die Grenzen des Staates **hinaus** ausdehnen; heißt: um die Zähmung der Nationalbestie im **Menschen** bemüht sein; heißt: sie vermenschlichen wollen; heißt: den **Übergang von Tiermenschentum zum Kulturmenschentum** vollenden. Eine Aufgabe nicht von heute auf morgen, aber auch keine „Utopie", nichts vor allem, was „der menschlichen Natur widerspricht".

Wohl aber unterliegt auch diese Entwickelung der **Bedingtheit alles Irdischen,** ist so wenig wie sonst irgend eine historische Erscheinung unabhängig von den allgemeinen ökonomischen, sozialen, politischen und gesamtkulturellen Zuständen: flammendste Begeisterung selbst vermöchte sie nicht früher zu verwirklichen, als bis die Stunde der Reife sich zeigt; und nicht eher ist realisierter Völkerbund in unserem Sinne möglich, als bis die **gesamte, internationale Umwelt** die ökonomisch-sozialen Voraussetzungen für sie geschaffen haben wird. **Kapitalismus und Imperialismus,** in ihren Grundgedanken und in ihren Wirkungen, in ihrer Rechtsauffassung und in ihrer Ethik, wahrem Völkerbund diametral entgegengesetzt, können nie anderes fertig bringen als eine **Karrikatur** wie den **Versailler Völkerbund,** dieses Diktat des Siegers an den Besiegten, oder, wenn in naher Zukunft dieses Werk durch Zusammenarbeit aller Nationen **umgestaltet** werden sollte, allenfalls einen mehr oder weniger weiten **Schritt** in der Richtung zum echten Völkerbund, eine **Etappe** auf dem Wege zu ihm. Aber darum ist er dennoch nicht bloßer **Jenseitsglaube.** Vielmehr wird die Entwickelung aus dem Imperialismus zum Völkerbund — eine Parallelentwickelung zu dem vom Kapitalismus zum Sozialismus — nach **denselben Methoden** sich vollziehen wie sie für diese letztere Evolution hier in der Nummer 289 vom 10. Dezember aufgezeigt worden sind: nämlich als ein Prozeß der **Durchdringung und Verdrängung des Imperialismus und Nationalismus,** der **inneren Aushöhlung** und neuen **Auffüllung;** als ein systematischer Kampf zwischen dem aufsteigenden Rechtsgedanken und dem absteigenden, absterbenden Machtgedanken; als ein Kampf Schritt vor Schritt, Position um Position; als ständige Abschwächung des Einflusses der Machtidee, ständige Kräftigung des Rechtsbewußtseins; und als eine im allgemeinen **gleichzeitig internationale** Entwickelung, in der jede Nation den in ihr sich zeigenden Nationalismus bekämpft, zugleich aber auch den Nationalismus **jenseits** der eigenen Grenzen. Denn nur **der** dient dem Völkerbundsgedanken, der gegen imperialistische Tendenzen im eigenen Staate ankämpfend nicht auch zugleich sein eigenes **Volk** dem Imperialismus und Chauvinismus eines anderen ausliefert oder ihm Vorschub leistet. Jeder kehre vor seiner Türe! Gut: aber wenn in **einer** Frage, so ist in **dieser** jedes anderen Türe auch **seine eigene zugleich.**

*

Damit aber übernationale Rechtsordnung, Völkerbund und Dauerfriede **werden** könne, muß fortab emsiger und gläubiger als bisher eine **neue Moral** gepredigt werden: die Moral der kommenden Welt, die Moral des **Internationalismus,** die Moral des **Sozialismus.** Die auf eine kurze Formel gebracht, den Satz Kants künden soll: Handle so, als ob die **Maxime** deines Handelns durch deinen Willen zum **allgemeinen Naturgesetz** werden sollte! Oder, sprichwörtlich abgegriffener, aber sachlich dasselbe in sich schließend: Was du nicht willst, daß man **dir tu, das füg auch keinem anderen zu!**

Nicht als Einzelmensch **dem Einzelmenschen,** nicht als Klasse der Klasse, **nicht als Volk dem Volke!**

Einheits- oder Bundesstaat? Unitarismus oder Föderalismus im Reich?

Von Dr. Sarter, Freiburg.

Durch die neue Reichsverfassung ist ein **Übergewicht Preußens** geschaffen worden. Im alten Bundesrat hatte es nur 17 von 58 Stimmen. Der an seine Stelle getretene **Reichsrat** ist zwar über die Führung der Reichsgeschäfte auf dem Laufenden zu erhalten. Er hat aber anscheinend kaum nennenswerte Regierungs- oder Verwaltungsbefugnisse. Auf dem Gebiet der Gesetzgebung kann er durch den Reichstag, dessen Mitglieder größtenteils **von preußischen Wahlkreisen** gewählt sind, einfach überstimmt werden. Nur bei der Ausführung der Reichsgesetze durch die Landesbehörden ist ihm ein gewisses Mitwirkungsrecht eingeräumt.

Daß Preußen schon unter der **früheren Reichsverfassung** entgegen der Absicht ihres Urhebers und ihrem klaren Wortlaut für die Reichspolitik maßgebend war, beruhte nicht zum wenigsten auf seiner Dynastie, die es verstand, die anderen Bundesstaaten durch enge Verbindung mit deren Fürsten, der preußischen Politik gefügig zu machen.

Der jetzige Zusammenbruch wäre kaum möglich gewesen, wenn im Sinne der Verfassung **föderalistisch** regiert worden wäre und die verantwortlichen Staatsmänner der Bundesregierungen sich weniger von preußischen Wünschen hätten leiten lassen. Nicht zu viel, sondern zu wenig Föderalismus war daher vom übel.

Die Sicherung der **berechtigten Interessen der Einzelstaaten** ist, wie Bismarck durch seine Person bewiesen hat, mit der Reichsidee durchaus verträglich. Sie verstößt auch nicht etwa gegen eine weltbürgerliche **Staatsauffassung.**

Baden wird daher nach wie vor darauf bedacht sein müssen, von Preußen nicht erdrückt zu werden.

Ist einmal die badische Regierung (aus Ersparnisgründen!) verschwunden, so kann sie auch keine Wünsche der Badener mehr in Berlin geltend machen.

Die im Lande geborenen werden zugunsten preußischer **Beamten weichen müssen.**

Weder bei der **Reichswehr,** noch bei sonstigen von der **Reichsverwaltung** besetzten Stellen ist in Baden auf die Söhne des Landes genügend Rücksicht genommen worden.

Werden erst alle **wirtschaftlichen Schranken** nach preußischen Wünschen beseitigt, so werden die Lebensmittel in Süddeutschland noch teurer als sie ohnedies sind.

Man braucht daher durchaus kein Preußengegner zu sein, um eine derartige Entwicklung für durchaus unerwünscht zu halten. Eine „friedliche Durchdringung" kann aber bekanntlich einen recht unangenehmen Beigeschmack haben.

Die Ursachen des Telephonelends.

Zu den Klagen über das Telephonelend in Karlsruhe, von denen wir jüngst an dieser Stelle Notiz nahmen, schreibt das **Karlsruher Telegraphenamt** folgendes:

In neuerer Zeit mehren sich die Klagen des Publikums über mangelhafte Bedienung im Orts-Fernsprechverkehr. Diese Klagen beschränken sich nicht auf Karlsruhe, sondern sie werden allgemein erhoben, wie aus den Verhandlungen in der Nationalversammlung zu entnehmen ist. Sie wird vorzugsweise in den heutigen Zeit- und Verkehrsverhältnissen begründet.

Seit Beginn der Demobilmachung hat die Zahl der Fernsprechteilnehmer derart zugenommen, daß die hiesige Amts-Einrichtung zur raschesten Bedienung der Fernsprechanschlüsse nicht mehr ausreicht. Zur Unterbringung zahlreicher Nebenanschlüsse mußten die Arbeitsplätze der Beamtinnen — ein Platz kann immer nur von einer Person bedient werden — mit mehr Leitung belegt werden, als für eine normale Betriebsweise angängig ist. Dazu kommt, daß sich der Betrieb nach Einführung der ungeteilten Arbeitszeit nicht mehr wie früher auf den ganzen Tag verteilt, die Anrufe der Fernsprechteilnehmer drängen sich vielmehr jetzt auf die Vormittagsstunden zusammen, und belasten die einzelnen Beamtinnen derart, daß sie die Anrufe nicht immer sogleich beantworten und die hergestellten Verbindungen nach Beendigung der Gespräche nicht sofort trennen können. Die zur Beseitigung dieser Unannehmlichkeiten schon lange in Aussicht genommene Erweiterung der technischen Einrichtung des hiesigen Amtes hat von der beauftragten Firma wegen Mangels an Rohstoffen und infolge Arbeitsschwierigkeiten in der Fabrik (Streiks usw.) nicht mit der wünschenswerten Schnelligkeit ausgeführt werden können. Durch die starke Inanspruchnahme der Fernsprecheinrichtung während des Krieges und in der Jetztzeit hat ferner eine vorzeitige Abnutzung der Apparatteile (Schnüre, Stöpsel) stattgefunden; die zu ihrer Instandsetzung verwandten Ersatzstoffe werden leicht schadhaft und versagen. Viele der von den Fernsprechteilnehmern beklagten Unregelmäßigkeiten (vorzeitige Trennung, Unterbrechung, Bestehenlassen von Verbindungen, Nichtbeantwortung von Anrufen usw.) sind darauf und nicht auf Unachtsamkeit des Bedienungspersonals zurückzuführen. Gleichwohl muß zugegeben werden, daß auch die Personalverhältnisse beim Telegraphenamt zuweilen ungünstig auf den Orts-Vermittelungsdienst einwirken. Infolge der gewaltigen Steigerung des gesamten Telegraphen- und Fernsprechverkehrs, wegen Verringerung der Dienststunden und wegen zahlreicher Erkrankung als Folge von Unterernährung usw. müssen fortgesetzt neue Aushilfskräfte eingestellt werden, die trotz sorgfältiger Ausbildung geschulte Fachbeamtinnen nicht sogleich voll und ganz ersetzen können. Vom Telegraphenamt wird nach Möglichkeit alles getan, was zur Herbeiführung eines einwandfreien Fernsprechbetriebs dienen kann; aber auch mancher Teilnehmer könnte seinen Teil zur glatten Abwickelung des Orts-Fernsprechverkehrs beitragen, wenn er stets die Vorbemerkungen zum „Teilnehmerverzeichnis" aufs genaueste beachten wollte.

Da es noch längere Zeit dauern kann, bis eine Änderung der geschilderten Zustände möglich sein wird, wird das Pub-

tikum gebeten, ebenso wie bei anderen Verkehrseinrichtungen auch auf Benutzung des Fernsprechers auf die durch den Krieg und seine Folgen geschaffenen besonderen Verhältnisse, in denen die Telegraphenverwaltung keine Schuld trägt, Rücksicht zu nehmen und sich mit ihnen abzufinden.

Die badische Eisenbahnorganisation und die Eisenbahnverreichlichung.

Auf meine unter obiger Überschrift erschienene Veröffentlichung ist in der „Freien Aussprache" vom 17. d. M. eine „tatsächliche Richtigstellung" gefolgt, die zu allerhand Stellung nimmt, nur nicht zu dem, was ich gesagt habe. Insbesondere berührt sie auch nicht das Grundsätzliche meiner Ausführungen und die daraus gezogenen programmatischen Schlußfolgerungen. Auf derartige Berichtigungen einzugehen, kann nur ablenkend und verwischend wirken, wozu beizutragen ich keine Veranlassung habe.

Blum, Oberbauinspektor.

Badische Zeitungsstimmen.

(Für den Inhalt der hier veröffentlichten Zeitungsstimmen übernimmt die Redaktion keine politische Verantwortung. Die Zeitungsstimmen dienen dem Zwecke der Orientierung; sie sollen ein objektives Bild geben von den Stimmungen und Anschauungen, die in den Blättern des Landes zum Ausdruck gelangen.)

Beamtenschaft und neue Regierung.

* Von einem höheren Beamten im badischen Frankenland wird der „Mannheimer Volksstimme" geschrieben:

Man hört so oft die Ansicht äußern, die neue Regierung, ja die ganze republikanische Staatsform hätte sich nie so leicht durchsetzen können, wenn sich nicht die bewährte Beamtenschaft des ancien reégime ehrlich und redlich dem neuen Staatswesen zur Verfügung gestellt hätte. Dies trifft zweifellos in hohem Maße zu. Es darf dabei aber nicht vergessen werden, daß es schließlich im ureigenen Interesse der Beamtenschaft selbst gelegen war, der neuen Regierung möglichst wenig Schwierigkeiten zu bereiten, da nach allen bisherigen Erfahrungen von vornherein feststand, daß sie, materiell wie ideell, bei einem Wechsel der Regierung von Grund aus nur zu gewinnen hatte. In dieser Hinsicht hat die junge Republik bisher sicher alle gehegten Erwartungen erfüllt: materiell — denn sie hat eine Reform der längst sehr verbesserungsbedürftigen Gehaltsordnung in die Wege geleitet und für die unvermeidliche Übergangszeit bereits weitgehende finanzielle Zugeständnisse gemacht; ideell — denn heute kann jeder Beamte und Arbeiter nach seiner Fasson selig werden und ebensogut Sozialdemokrat wie Deutschnationaler sein, wenn er nur in seinem Amt tüchtig ist.

Leider hat ein Teil der badischen Beamten ein recht schlechtes Gedächtnis; er nimmt von der heutigen republikanischen Regierung vieles als selbstverständlich an, um das er in der seligen Aera Schenkel-Bodman jahre- und jahrzehntelang vergebens hat kämpfen müssen; was ihm durch die vielverlästerte Revolution schier mühelos in den Schoß fiel, darauf glaubt er nun mit einem Mal ein selbstverständliches, verdientes Anrecht zu haben. Auf Rosen gebettet ist der Beamte eigentlich nie gewesen, heute so wenig wie ehedem, und er sollte immer bedenken, daß er bei einem Zusammenbruch auch des neuen Staatswesens der Ärmste der Armen sein würde. Das aber müßte für ihn ein Anlaß mehr sein, durch freudige Mitarbeit am Wiederaufbau unseres zerrütteten Staatswesens sein Interesse zu bezeugen und nicht in verdrießlichem Beiseitestehen den Karren laufen zu lassen, wie er laufen will . . ."

Radikales Bauerntum?

Unter dieser Überschrift schreibt der „Freiburger Bote" u. a.:

„Auf dem platten Lande hat man schon vor dem Kriege dumpf gefühlt, daß die deutsche Landwirtschaft mit ihren Lebensinteressen immer mehr in die deutsche Gesamtwirtschaftspolitik und deren Grundfragen hineinwächst, daß sie anderseits angesichts des Wachsens der Städte und der gewerblichen Bevölkerung, die heute beinahe drei Viertel unseres Volkes zählen, alle Kräfte anspannen muß, um den Interessen der landwirtschaftlich tätigen Bevölkerung gegenüber dem überragenden Einfluß der Stadt Licht und Luft zu wahren. Heute spürt man handgreiflich die Folgen davon, daß man in bäuerlichen Kreisen sich jahrzehntelang um die Beschäftigung mit der Politik nicht kümmerte. Der politischen Sorglosigkeit in den sogenannten bombensicheren Wahlkreisen ist nun nach der revolutionären Änderung des Wahlrechts das jähe Erwachen gefolgt. Man findet sich naturgemäß nicht sofort zurecht, fühlt sich hilflos. Kein Wunder, daß dann zu dem städtischen Radikalismus sich hier und da anfangs auch ein Bauernradikalismus gesellt. Denn der Radikalismus ist das Aushilfsmittel der Hilflosen. Wer schimpft, hat den Prozeß verloren. Anderseits findet der Bauer am besten heraus, daß ihm, dem mit der Natur so eng Verbundenen, der Radikalismus schlecht ansteht und vor allem nur schadet, dagegen nichts nutzt. Je eher man besonnene, in der Selbstverwaltung der Gemeinde oder der Standesvereine und Genossenschaften bewährte Landwirte sich um das Parteileben und die Parteipolitik kümmern, sich in deren Grundgedanken und wichtigsten Fragen einleben, um so schneller wird das billige Hilfsmittel des politisch Hilflosen, der Radikalismus, dem Bestreben weichen, sich in der Partei durch ernste Arbeit Geltung zu verschaffen. Die Berufsarbeit schärft dem tüchtigen Landwirt den gesunden Menschenverstand und lehrt ihn die Kunst, das Leben zu meistern. Die beste politische Schule bleibt zwar auch für den Landwirt die Selbstverwaltung der Gemeinde. Dieses kleine, ihm auf den Leib gewachsene bürgerliche Gemeinschaftsleben lernt er am ersten meistern und förderlich pflegen. Von da aus erwächst ihm leicht das Verständnis für das Gemeinschaftsleben in Staat und Reich. . . . Mögen die Bauern, da sie plötzlich in die Politik eines revolutionierten Staates geworfen sind, diese Erziehungslehren ihres allen andern Genossenschaften voranstehenden Genossenschaftswesens nicht vergessen und sich nicht eine radikale Jakobinermütze aufsetzen lassen. Die paßt nicht auf den Bauernkopf, nicht in die Genossenschaft, nicht in Feld und Flur, nicht in Hof und Stall und am wenigsten in die Bauernfamilie. Darum paßt sie auch nicht in die Lebensgemeinschaft der staatsbürgerlichen deutschen Volksfamilie und in deren Staatspolitik. . . ."

Staatsanzeiger.

Das Staatsministerium hat unterm 15. Dezember d. J. dts Mitglied des Vorstands der Landesversicherungsanstalt Baden, Amtmann Julius Jung, zum Stellvertreter des Vorsitzenden des Vorstands der Landesversicherungsanstalt Baden sowie

den Landtagsabgeordneten Karl Rausch zum Mitglied des Vorstands der Landesversicherungsanstalt Baden ernannt.

Das Staatsministerium hat unterm 15. Dezember ds. J. beschlossen, den Geheimen Oberregierungsrat Karl Salzer, Kollegialmitglied der Oberrechnungskammer, auf sein Ansuchen auf den 1. Januar 1920 in den Ruhestand zu versetzen.

Das Ministerium des Kultus und Unterrichts hat unter dem 22. Dez. d. J. dem Hauptlehrer Tobias Herbel an der Volksschule in Wiesloch die Stelle eines Schulleiters an der genannten Schule mit der Amtsbezeichnung Rektor übertragen.

Das Justizministerium hat unterm 29. September d. J. den Justizsekretär Friedrich Gebhard bei der Staatsanwaltschaft Freiburg zur Staatsanwaltschaft Mosbach versetzt.

Das Justizministerium hat unterm 19. Dezember d. J. den Hilfslehrer Gustav Glaser bei der Erziehungsanstalt Flehingen zum Hauptlehrer an der genannten Anstalt ernannt.

Das Justizministerium hat unterm 24. November d. J. den Justizsekretär Julius Diethrich beim Amtsgericht Mosbach zum Landgericht Mosbach versetzt.

Das Justizministerium hat unterm 24. November d. J. den Justizsekretär Heinrich Bihl beim Amtsgericht Donaueschingen zum Notariat Donaueschingen versetzt.

Das Ministerium des Innern hat unterm 18. Dezember d. J. die Kanzleiassistenten Josef Kölmel, Christian Jäger, Albert Schäfer und Karl Bickel bei der Landesversicherungsanstalt Baden zu Verwaltungssekretären ernannt.

Das Finanzministerium hat unterm 18. Dezember d. J. den Bureauassistenten Friedrich Göbelbecker und Richard Ansmann bei der Staatsschuldenverwaltung unter Verleihung der Amtsbezeichnung Finanzsekretär die Amtsstelle eines Bureaubeamten bei Zentralverwaltungen übertragen.

Badisches Landestheater.

Mont. 29. Hänsel u. Gretel. — Die Puppenfee. (Mittel Pr.) 7. Dienst. 30. Die Rabensteinerin. (Mittel Pr.) 7. Mittw. 31. Hänsel u. Gretel. — Die Puppenfee. (Mittel Pr.) 6½. Donnerst. 1. Jan. Die Meistersinger von Nürnberg. (Bes. Pr.) 5. Freit. 2. Volksvorstellung. Die Rabensteinerin. (Mittel Pr.) 7. Samst. 3. mitts 2½ Uhr. Der Zauberdiamant abends 7 Das Dorf ohne Glocke (Große Pr.) Sonnt. 4 vormittags 11 Uhr Morgenunterhaltung des Theaterkulturverbands — Stuckens Mysterium „Gawan" (Einführung und Rezitation). Nachm. 2. Der Zauberdiamant. (80—4.—) abends 6½. Aida (Erh. Pr.). Mont. 5. Rosmersholm (Mittel Pr.) 7. Für die Werktagsvorstellungen gelten die Vorzugskarten. Vorrecht der Vorzugskarten in den Verkaufsstellen und an der Theaterkasse (Hauptgebäude) am Montag, den 29. Dez. (½10—1 Uhr), Verkauf zum Kassenpreis von Dienstag, den 30. an. Zu Meistersinger am 1., Zauberdiamant und Aida am 4. Jan. haben Inhaber von Vorzugskarten ein Vorkaufsrecht am Montag, 29. nachm. ¼4—5 Uhr, der allgemeine Verkauf beginnt Dienstag, den 30. Dezember.

Im Konzerthaus. Samst. 27. Minna von Barnhelm. (Mittel Pr.) 7. Sonnt. 28. Heimat. (Mittel Pr.) ½7. Mittw. 31. Der Raub der Sabinerinnen. (Mittel Pr.) 7. Donnerst. 1. Jan. Seine Hausdame. (Mittel Pr.) ½7. Zu allen Konzerthausvorstellungen gelten die Vorzugskarten. Vorrecht (wie oben) am Montag, 29. Dezember.

Stellenbesetzungen.

Bei der Stadtverwaltung Schwetzingen sind alsbald zu besetzen:

1. die Buchhalterstelle der Stadtkasse,

2. die Buchhalterstelle des städt. Gaswerks.

Bewerber, welche eine entsprech. kaufm. od. verwaltungsmäßige Ausbildung nachweisen können u. durch ihre bisherige berufsmäßige Betätigung die Gewähr für die Geeignetheit zur selbständigen Versehung dieser Stellen bieten, wollen sich unter Einreichung von Lebens- und Bildungsgang sowie von Dienstzeugnissen bis längstens 2. Januar 1920 beim Gemeinderat melden.

Baldigster Antritt ist erforderlich. H.374.2.1

Die Stellen sind z. Zt. ausgestattet mit einem Normalgehalt von 1800 Mk., wozu die Zulagen nach staatlichen Grundsätzen kommen, das sind für Verheiratete mindestens 3300 Mk., für Ledige im Alter von dreißig Jahren 2900 Mk.

Schwetzingen, den 23. Dezember 1919.

Gemeinderat.

Die Stelle des Bürgermeisters bei d. Stadt Offenburg

soll alsbald besetzt werden. Bewerbungen wollen unter Angabe der persönlichen Verhältnisse, der bisherigen Tätigkeit sowie der Gehaltsansprüche bis längstens 1. Februar 1920 bei uns eingereicht werden.

Offenburg, den 20. Dezember 1919. H354.3.1

Der Stadtrat.

Bad. Lokal-Eisenbahnen A.-G. in Karlsruhe.

Unsere Gesellschaft sieht sich auf Grund ihrer durch die Folgen des Krieges herbeigeführten Lage gezwungen, die Besitzer ihrer Teilschuldverschreibungen gemäß § 8 des Gesetzes vom 4. Dezember 1899, 14. September 1914 zu einer Versammlung einzuberufen.

Die Versammlung wird im Laufe des Monats Januar 1920 einberufen werden. Zum 2. Januar 1920 wird infolgedessen der fällige Zinsabschnitt unserer Teilschuldverschreibungen nicht eingelöst.

Karlsruhe, den 23. Dezember 1919.

Die Direktion.

Karlsruher Brauereigesellschaft vorm. K. Schrempp

Karlsruhe i. B.

Jahresrechnung auf 1. September 1919.

Vermögen.	M	Pf	Verbindlichkeiten.	M	Pf
Liegenschaften	2 820 765	—	Aktien-Kapital	2 100 000	—
Maschinen und Geräte	85 265	—	Gesetzliche Rücklage	210 000	—
Vorräte	43 710	—	Sonder-Rücklage	756 000	—
Bürgschaften	15 000	—	Hypotheken-Kapital	492 038	50
Schuldner	2 140 595	34	Kriegsfürsorge	9 233	58
Kassenbestand	32 242	79	Zweifelhafte Ausstände	261 200	—
			Erfordernisse für unterlassene Instandsetzungsarbeiten	100 000	—
			Erfordernisse für Umstellung des Betriebes	200 000	—
			Betriebs-Sparkasse	79 027	85
			Bürgschaften	15 000	—
			Gläubiger	654 775	25
			Gewinn- und Verlust-Rechnung: Gewinn-Vortrag auf 1. Sept. 1918 M 29 191.42; Reingewinn 1918/19 „ 231 111.53	260 302	95
	5 137 578	13		5 137 578	1

Gewinn- und Verlust-Rechnung.

Soll.	M	Pf	Haben.	M	Pf
An Abschreibungen	88 457	03	Per Betriebs-Überschuß 1918/1919	319 568	56
An Reingewinn	231 111	53			
	319 568	56		319 568	56

Karlsruhe, den 20. Dezember 1919.

Karlsruher Brauereigesellschaft vormals K. Schrempp.

gez. Karl Schrempp. gez. Friedrich Schrempp.

K. Schrempp'sche Arbeiter- und Beamten-Stiftung.

Soll.	M	Pf	Haben.	M	Pf
An Unterstützungen	6 779	16	Per Stiftungskapital	300 000	—
„ Saldo-Vortrag	304 254	17	„ Zinsen-Erträgnis	11 033	33
	311 033	33		311 033	33

Der Rechner:

gez. Karl Schrempp.

Bürgerliche Rechtspflege

a. Streitige Gerichtsbarkeit.

Öffentliche Zustellung einer Klage.

P.499.2 Freiburg. Der ehemalige Chorsänger Eugen Friedebach und dessen Ehefrau Berta geb. Kachelres in Mannheim, Prozeßbevollmächtigte Rechtsanwälte Dr. Seelig und Harding in Mannheim, klagen gegen die Pensionsanstalt des Straßburger Stadttheaters in Straßburg i. Els., vertreten durch den Zwangsverwalter Brand in Straßburg i. Els., alter Weinmarkt, unter der Behauptung, daß ihnen die Beklagte laut den Pensionsberechtigungsscheinen vom 12. Mai 1915 für das letzte Vierteljahr 1918 und das erste Vierteljahr 1919 die im Klagantrag bezeichneten Beträge schulde, mit dem Antrage, die Beklagte zu verurteilen, an den Kläger Eugen Friedebach 235.40 M. nebst 4% Zins aus 117.70 M. seit 1. 1. 1919 und aus weiteren 117.70 M. seit 1. 4. 1919 und an die Klägerin Frau Berta Friedebach 236.59 M. nebst 4% Zins aus 118.30 M. seit 1. 1. 1919 und aus 118.29 M. seit 1. 4. 1919 zu bezahlen und die Kosten des Rechtsstreits einschließlich derjenigen des Arrestverfahrens zu tragen, sowie das Urteil gegen Sicherheitsleistung für vorläufig vollstreckbar zu erklären.

Die Zuständigkeit des Gerichts wird auf § 23 ZPO. gestützt.

Die Beklagte wird hiermit zur mündlichen Verhandlung des Rechtsstreits vor das Bad. Amtsgericht Freiburg i. Br. auf

Samstag, 14. Febr. 1920, vormittags 9 Uhr,

Holzmarktplatz 6, I. Stock geladen.

Zum Zwecke der öffentlichen Zustellung wird dieser Auszug der Klage bekannt gemacht.

Freiburg, 19. Dez. 1919.

Der Gerichtsschreiber des Amtsgerichts IV.

P.583.2.1 Karlsruhe. Die Aktiengesellschaft für Kinematographie und Filmverleih in Straßburg i. E., vertreten durch ihren Prozeßbevollmächtigten Rechtsanwalt Dr. Fürst in Karlsruhe, ladet die deutsche Edison-Kinetophon-Gesellschaft m. b. H. in Wien, vertreten durch ihren Präsidenten Artur Kollez in Wien, zurzeit an unbekannten Orten, Beklagte, Berufungsklägerin, zur Aufnahme des unterbrochenen Verfahrens und zur mündlichen Verhandlung über die Hauptsache vor den 2. Zivilsenat des Oberlandesgerichts in den auf Dienstag, den 23. März 1920, vormittags 9 Uhr, bestimmten Termin mit der Aufforderung, sich durch einen bei diesem Gericht zugelassenen Rechtsanwalt vertreten zu lassen.

Karlsruhe, 22. Dez. 1919.

Gerichtsschreiberei des Bad. Oberlandesgerichts.

Aufgebot.

P.491.2.1 Freiburg. Die Wagner Gottlieb Hug Ehefrau Marie geb. Bissinger in Freiburg-Haslach hat beantragt, die verschollenen

1. Jakob Klebsattel Ehefrau Elisabeth geb. Krieg, geboren am 18. Februar 1845 in Mengen i. Br.,

2. Wilhelm Friedrich Klebsattel, geboren am 18. September 1868 in Mengen,

3. Elisabetha Klebsattel, geboren am 14. Dezember 1872 in Mengen,

4. Albert Klebsattel, geboren am 7. März 1877 in Mengen,

5. Landwirt Johann Georg Krieg, geboren am 27. August 1832 in Mengen, alle zuletzt wohnhaft in Mengen, für tot zu erklären.

Die bezeichneten Verschollenen werden aufgefordert, sich spätestens in dem auf

Mittwoch, 14. Juli 1920, vormittags 9 Uhr,

vor dem unterzeichneten Gerichte, Holzmarktplatz 6, 2. Stock, Zimmer Nr. 6, anberaumten Aufgebotstermine zu melden, widrigenfalls die Todeserklärung erfolgen wird.

An alle, welche Auskunft über Leben oder Tod des Verschollenen zu erteilen vermögen, ergeht die Aufforderung, spätestens im Aufgebotstermine dem Gericht Anzeige zu machen.

Freiburg, 17. Dez. 1919.

Amtsgericht VI.

gez.: Eisele.

Ausgefertigt:

Der Gerichtsschreiber des Amtsgerichts.

Aufgebot.

P.501.2. Mannheim. Der Fabrikant Karl Roos in Speyer, Burgstr. Nr. 6, hat als Generalbevollmächtigter seiner Mutter, der Frau Bernhard Roos Wwe. Natalie geb. David hier das Aufgebot des für die im Grundbuch von Mannheim Band 279 Heft 5 Abt. III Nr. 3 auf dem Grundstück Lagerbuch Nr. 4679 d 1 zugunsten des Privatmanns Bernhard Roos hier eingetragene Hypothek über 20 000 M. ausgestellten Hypothekenbriefs beantragt. Der Inhaber der Urkunde wird aufgefordert, spätestens in dem auf Donnerstag, 22. April 1920, vormittags 11 Uhr, vor dem unterzeichneten Gerichte, II. Stock, Zimmer Nr. 114, anberaumten Aufgebotstermine seine Rechte anzumelden und die Urkunde vorzulegen, widrigenfalls die Kraftloserklärung der Urkunde erfolgen wird.

Mannheim, 20. Dez. 1919.

Amtsgericht Z 9.